



## **Bericht aus Berlin**

05.06.2009

Angelika Krüger-Leißner, MdB



**Liebe Genossinnen und Genossen,  
Liebe Leserinnen und Leser,**

in dieser Woche war ich viel im Wahlkreis unterwegs und es gab interessante Gespräche und neue Erkenntnisse auch für meine Arbeit in Berlin. Das Thema „Rettung von Opel“ wurde von vielen angesprochen. Der eingeschlagene Weg wurde teils begrüßt, aber auch mit großer Skepsis betrachtet. Der heutige Bericht aus Berlin soll Euch einen Überblick über die Beweggründe, die Alternativen und Festlegungen für diese Entscheidung geben. Die Fakten habe ich aus einem Bericht von Frank-Walter Steinmeier und Peter Struck entnommen und sie sind hier so detailliert, wie Ihr es in keiner Zeitung finden könnt.

Eure

*Angelika Krüger-Leißner*

### **1. Neue Chancen für Opel**

Mit der Unterzeichnung des Treuhandvertrages sowie des Konsortialvertrages am Sonntagabend ist es gelungen, die von der Bundesregierung und den beteiligten Ländern beschlossene Struktur zur Herauslösung von Opel aus dem General-Motors Konzern (GM) und zur Sicherstellung der Liquidität rechtzeitig vor der Einleitung des US-Insolvenzverfahrens gegen GM am Montag umzusetzen.

Damit hat unter der maßgeblichen Initiative von Frank-Walter Steinmeier die Bundesregierung die Voraussetzungen geschaffen, dass eine Insolvenz abgewendet und viele Arbeitsplätze gesichert werden. Bei einer Insolvenz wären rd. 100.000 Arbeitsplätze allein in Deutschland gefährdet gewesen. Die Sicherung von Arbeit und Beschäftigung hat für die SPD Vorrang.

### **Eine europäische Lösung ist in Sicht**

In schwierigen Verhandlungen wurde erreicht, dass ein tragfähiges Konzept steht. Dabei haben sich Magna und GM in einem nicht bindenden Vorvertrag, darauf geeinigt, dass Opel Deutschland und die europäischen GM-Firmen eigenständig die Produktion weiterführen können.

Ziel der Verhandlungen zwischen GM und Magna wird eine europäische Firma sein, an der GM mit 35 % beteiligt bleibt. Der Rest der Anteile geht an Magna (20 %), die russische Sberbank (35 %) sowie 10 % an die Opel-Mitarbeiter. Das Konzept von Magna sieht vor, dass die öffentliche Hand im Laufe der Restrukturierung Bürgschaften für Kredite bis zu einer Höhe von maximal 4,5 Mrd. Euro trägt.

Für die nächsten sechs Monate werden die beteiligten Banken 1,5 Mrd. Euro an Krediten zu Verfügung stellen. Bund und Länder verbürgen diese Kredite. Dies ist eine sogenannte Brückenfinanzierung, die Luft schaffen soll für das endgültige Konzept, das zwischen Magna und GM ausverhandelt werden wird. Ohne die kurzfristige Bereitstellung der Brückenfinanzierung wäre ein solcher Lösungsweg nicht gangbar gewesen. Die jetzt gefundene Lösung ist technisch einfacher, kostengünstiger und vermeidet insbesondere beihilferechtliche Probleme, die die von Magna vorgesehene Zwischenfinanzierung aufgeworfen hätte.

### **Gute Perspektiven statt Insolvenz**

Mit dieser Lösung hat die Bundesregierung in breitem Einvernehmen eine Insolvenz bei Opel vermieden. Auch in der CDU/CSU gab es eine breite Zustimmung zu dem von uns favorisierten Weg. Daran ändern auch die Einwürfe von zu Guttenberg nichts. Wir hatten gute Gründe, nicht auf das Gerede einer Insolvenz als besserer Lösung einzugehen. Eine Insolvenz ist bei weitem nicht die bessere Lösung.



## **Bericht aus Berlin**

05.06.2009

Angelika Krüger-Leißner, MdB



### **Besonderheiten einer Insolvenz bei Automobilkonzernen**

Aus den Erfahrungen der Vergangenheit und vielen Hinweisen von Experten wissen wir, dass für Automobilkonzerne die Gefahr oder das tatsächliche Eintreten einer Insolvenz von besonderer Bedeutung ist. Dies liegt daran, dass die Kaufentscheidung für ein Auto keine schnelllebigere Angelegenheit ist. Die Kunden wollen:

- ein gutes Auto zu einem guten Preis;
- die Sicherheit für einen guten Service;
- das Vertrauen in die Zukunft, für das Auto einen guten Wiederverkaufswert zu erzielen.

Schon bei drohender und erst recht bei eingetretener Insolvenz sind diese Voraussetzungen nicht mehr gegeben. Dies kann sehr schnell zu erheblichen Nachfrageeinbrüchen führen, wie das Beispiel Saab zeigt.

### **Auf ein Insolvenzverfahren hat der Staat kaum Einfluss**

Staatliche Rettungsmaßnahmen bei großen Unternehmen haben nicht nur die Interessen des Unternehmens und seiner Beschäftigten im Blick, sondern auch die Belange des Gemeinwohls: die der Steuerzahler, der Sozialkassen. Auf ein Insolvenzverfahren hat der Staat kaum Einfluss:

- Die Gerichte entscheiden, wer als Insolvenzverwalter eingesetzt wird;
- für den Insolvenzverwalter kommt es darauf an, in einem ersten Schritt die wirtschaftliche Situation des Unternehmens durch konkrete Maßnahmen so gut zu konsolidieren, wie es eben geht.

### **Ein Insolvenzverfahren ist nach wie vor weitgehend ein nationales Verfahren**

Das bedeutet, die jetzt angestrebte europäische Lösung für Opel/GM wäre in einem Insolvenzverfahren außerordentlich schwierig zu realisieren gewesen. Aber nur eine europäische Lösung ist dauerhaft tragfähig. Statt eines solchen unsicheren Verfahrens besteht nun die Möglichkeit, dass Opel als Automobilun-

ternehmen erhalten bleibt. Dieser Weg wird nicht ohne Opfer bleiben. Rund 11.000 Stellen sollen nach dem vorliegenden Konzept bei Opel und Vauxhall gestrichen werden, rund 2.500 davon in Deutschland. Die gute Nachricht bleibt jedoch, die deutschen Standorte bleiben erhalten. Am Ende der Restrukturierung werden Arbeitsplätze mit Perspektive stehen. Ein sinnvoller strategischer Partner, neue Märkte und die innovativen Potenziale von Opel ergänzen sich zu einem Konzept, das den Beschäftigten neue Perspektiven eröffnet und unseren Einsatz verdient.

### **Staatshilfe war notwendig**

In der Presse wird des Öfteren davon gesprochen, der Staat steige jetzt in die Wirtschaft ein. Das ist selbstredend unzutreffend. Opel wird nicht verstaatlicht, sondern wird als private Gesellschaft weitergeführt. Der Staat erhält nicht einmal Anteile an der zukünftigen Firma - anders als in den USA, wo die US-Regierung im Rahmen des Insolvenzverfahrens 60 % von GM übernehmen wird. Zutreffend ist allein, dass der Staat in einer Zwischenphase hilft, indem er Kredite, die von Banken gewährt werden, durch Bürgschaften garantiert. Diese Kredite sollen allesamt zurückgezahlt werden. Wenn das Konzept erfolgreich ist, wird der Staat also überhaupt nicht belastet. Er trägt allerdings das Risiko, dass diese Kredite platzen und damit der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird.

Angesichts der Sicherung von zehntausenden von Arbeitsplätzen ist dieses Risiko allerdings gut vertretbar. Es geht darum, eine an sich gesunde und zukunftsfähige Firma nicht sehen- den Auges Konkurs gehen zu lassen.

### **Ein wichtiger Schritt auf einem langen Weg**

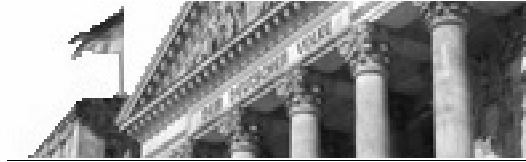
Wir stehen und standen in der Verantwortung nicht nur gegenüber den Beschäftigten bei Opel, sondern auch bei vielen Zulieferfirmen und den Menschen an den Standorten in Deutschland und Europa. Unser beherztes Eingreifen hat es ermöglicht, dass Opel nicht vom Strudel des amerikanischen Insolvenzverfahrens von



## **Bericht aus Berlin**

05.06.2009

*Angelika Krüger-Leißner, MdB*



General Motors erfasst wurde. Wir haben die Möglichkeiten eröffnet, eine europäische Lösung für die europäischen Standorte zu verwirklichen, im Interesse der Beschäftigten, aber auch im Interesse des Erhalts unseres Industriestandortes.

Die Unterzeichnung des Treuhandvertrages sowie des Konsortialvertrages sind nur ein erster Schritt. Weitere Verhandlungen müssen folgen, um das Konzept Realität werden zu lassen. Wir haben jedoch die Voraussetzungen geschaffen, dass diese Lösung auch nach der Insolvenz von GM immer noch eine realistische Perspektive darstellt. Dies ist und bleibt ein wichtiger Erfolg unseres Engagements und unserer Politik.

Entgegen der Behauptungen des Bundeswirtschaftsministers war dies der einzige Weg, um die Opelstandorte in Deutschland und die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern. Eine Insolvenz in Deutschland wäre keinesfalls der bessere Weg gewesen. Durch eine Insolvenz wäre die Adam Opel GmbH sofort handlungsunfähig gewesen. Es wäre vollkommen ungeklärt geblieben, ob die für die weitere Produktion notwendigen Patente durch GM bereitgestellt worden wären. Weiterhin wären die Anteile an der Adam Opel GmbH, die GM gehören, in die Insolvenzmasse im Chapter 11-Verfahren in den USA gefallen. Es hätte keine „Abschottung“ gegeben, so wie sie jetzt erreicht worden ist. Diese Abschottung über den Treuhandvertrag hätte es ohne die Zusage einer Brückenfinanzierung nicht gegeben.

Im Übrigen war und ist das Gerede über eine „geordnete Insolvenz“ schädlich. Es war sachlich falsch, denn nach deutschem Recht ist eine Insolvenz immer „geordnet“. Da aber Wirtschaft zu einem hohen Maße Psychologie ist, war das Gerede geeignet, die Kunden und Lieferanten von Opel zu verunsichern. Das ist zwar nicht geschehen - zu Recht hat die Öffentlichkeit zu Gutenberg nicht geglaubt -, zeigt aber, dass er die Konsequenzen seines Redens nicht hinreichend reflektiert hat. Opel war mit einer klugen Modellpolitik und wegweisenden Innovationen auf dem Weg in eine bes-

sere Zukunft, als es von den Turbulenzen bei GM erfasst wurde.

Mit unseren Anstrengungen helfen wir mit, dass die Beschäftigten in Europa nicht die Folgen strategischer Fehler in den USA zu tragen haben. Wir tragen dazu bei, dass ein intaktes Unternehmen und ein solventer Investor ein unabhängiges Geschäftsmodell verwirklichen können. Wir sichern damit unseren industriellen Standort, geben den Beschäftigten neue Hoffnung und stabilisieren die Standortregionen. Dies ist unser Weg, soziale Verantwortung wahrzunehmen.

### **2. Termine**

#### ***Freitag/Samstag, 5./6. Juni***

*50 Besucher aus Oberhavel im Deutschen Bundestag bei mir zu Gast*

#### ***Sonntag, 7. Juni 2009***

Europawahlen

#### ***Montag, 8. Juni 2009***

8.00 Uhr Besuch der Grundschule Mühlenbeck im Deutschen Bundestag

16.00 Uhr Verabschiedung meines Patenkindes beim PPP-Programm, Alina Estell Teynil, nach Amerika gemeinsam mit Bürgermeister Joachim Bienert in Glienicke/Nordbahn

18.00 Pressetermin zur Bundesförderung für die Seegfelder Kirche in Falkensee

#### ***Dienstag, 9. Juni 2009***

„AKL vor Ort“ in Fürstenberg und Gransee:

10.30 Uhr Vororttermin mit Bürgermeister Robert Philipp am Bahnhof Fürstenberg

12.30 Uhr Pressetermin mit Amtsdirektor Stege zur Umsetzung des Konjunkturpakets II in Gransee

13:30-15:00 Bürgersprechstunde beim DRK in Gransee

#### ***Mittwoch, 10. Juni 2009***

11.00 Gespräch mit Schülerinnen und Schülern der Linden Grundschule Zehdenick im Deutschen Bundestag

#### ***Sonntag, 14. Juni 2009***

SPD-Bundeswahlparteitag in Berlin